

III 24

Die

Braunschweiger Parteiwirren und die Haltung des Parteibüreaus.

Eine Denkschrift
an den Parteitag in Stuttgart
vom
socialdemokratischen Verein in Braunschweig.

Sozialdemokratischer
Deutscher
Partei Vorstand
Bibliothek

Braunschweig.

Druck von Preßtele & Friedrichs.
Verlag von Th. Hesse in Braunschweig.

Cd

27673

Vorwort.

Die Verbreitung geffentlichlicher Unwahrheiten über den Ursprung und die Art der hiesigen Parteistreitigkeiten zwingt uns der Gesamtpartei eine wahrheitsgetreue Darstellung derselben zu unterbreiten und die eigenthümliche Stellung von Mitgliedern des Parteivorstandes zu den Differenzen unter den hiesigen Genossen, gestützt auf documentarische Beweise, kritisch zu beleuchten. Wir hoffen, daß die Majorität der Genossen alsdann eine andere Meinung über die wahren Ursachen der skandalösen Vorgänge an unserem Orte haben wird, als ihnen von den Beschüzern und Freunden des Herrn Günther beizubringen versucht wird.

**Der Vorstand des socialdemokratischen Vereins
in Braunschweig.**

Motto:

Der Mißbrauch der Gewalt klebt an der Gewalt,
wie die Wirkung an der Ursache.

G. Fr. Kolb.

Kulturgeschichte der Menschheit.

In den Jahren 1878—1882 war die Parteibewegung in Braunschweig wenig lebhaft und kam erst in Fluß nach Ueberiedelung einiger Ausgewiesener aus Berlin, Stettin, Leipzig u. nach hier. Eine ziemlich lose Vereinigung, die aber den Anforderungen keineswegs genügte, wurde geschaffen, jedoch selbst diese dünkte Günther und seine Freunde zu gefährlich, unter deren Leitung der „Socialdemokrat“ nur in etwa 30 Exemplaren verbreitet war. Diese geringe Verbreitung findet ihre Erklärung in der damals von Günther vertretenen Ansicht, daß der „Socialdemokrat“ und Bebel die Leute nur verrückt machten. Die Reichstagswahl im Jahre 1884 rief eine lebhafteste Agitation hervor, gleichzeitig machte sich aber auch eine große Meinungsverschiedenheit betreffs des zu nominirenden Candidaten bemerkbar. Günther ließ sich von seinen Freunden als Reichstagscandidat aufstellen und unter den Genossen verbreiten, daß Blos, der früher hier candidirt hatte, auf ein Mandat für Braunschweig verzichtet hätte. Durch eine Anfrage des Genossen Kiebling bei Blos wurde die Unwahrheit dieser Nachricht constatirt, dadurch die Candidatur Günthers vereitelt und Blos als offizieller Candidat der hiesigen Genossen proclamirt. Der Ausgang des Wahlkampfes ließ die Einführung einer strammeren Organisation um so nothwendiger erscheinen, als die Verbindung mit den Genossen auf dem Lande fast vollständig verloren gegangen war. Die Partei wurde also reorganisiert, Günther und seine Freunde beteiligten sich aber nicht an der Propaganda, ja suchten dieser sogar Hindernisse in den Weg zu legen, was mit Recht große Mißstimmung bei den eifrigen Genossen hervorrief. Dieses Verhalten Günthers und seiner Anhänger legte in Verbindung mit deren Benehmen bei Aufstellung des Candidaten im Jahre 1884 den Grund zu den Parteizwistigkeiten. Wir unterlassen es die Thätigkeit und die Erfolge der neuen Organisation ausführlich zu behandeln, es genügt auf die Höhe der an die Partekasse abgeführten Gelder und auf die Steigerung der Abonnentenzahl des „Socialdemokrat“ von 30 auf 300 Exemplare zu verweisen. Außerdem wurden von hier aus die Kosten der Agitation für alle 3 Braunschweiger Wahlkreise und theilweise auch für den 13. Hannoverischen Wahlkreis aufgebracht und inhaftirte und gemäßigtere Genossen angemessen unterstützt. An dieser

A27673

RV 10910

Friedrich-Ebert-Stiftung
bibliothek

unter schwierigen Verhältnissen bewiesenen Thätigkeit nahmen viele Genossen, die heute eine dominirende Stellung in der Partei beanspruchen, nicht theil, bei ihnen war **Vorsicht** die Mutter der Tapferkeit. Die Haltung des von Günther und seinen Socien herausgegebenen Unterhaltungsblattes war nicht geeignet die bestehenden Differenzen auszugleichen. Der Versuch, dasselbe in Parteieigenthum überzuführen, scheiterte, und schritten die organisirten Genossen in Folge dessen zur Einführung der Arbeiter-Chronik. Bei der im Jahre 1889 erfolgten Gründung des Vereins zur Erzielung volksthümlicher Wahlen wurde der Versuch, die bestehenden Differenzen auszugleichen, erneuert, er gelang jedoch nur theilweise. In der Versammlung, in der sich der genannte Verein constituirte, — also noch unterm Socialistengesetz — verstieg sich der derzeitige Landes-Vertrauensmann Maurer Heinrich Rietze zu folgender Aeußerung:

„ $\frac{3}{4}$ der Ausgewiesenen seien Lumpen und er bedauere, daß die Commune derartige Leute, die nur Unfrieden unter der hiesigen Arbeiterbevölkerung säeten, hier dulde.“

Diese Denunciation war von Erfolg begleitet, indem der Genosse Hugo Kießling, der nach einer verbüßten 2 $\frac{1}{2}$ jährigen Zuchthausstrafe, die ihm wegen der Affaire Schumann und Genossen zudiktirt worden, von Leipzig nach Braunschweig übergesiedelt war, den Befehl erhielt, Braunschweig innerhalb 3 Tagen zu verlassen. Auf die von ihm und seinen Angehörigen erhobene Beschwerde wurde ihnen vom Polizeidirector die Antwort zu theil, daß die Polizei nicht anders handeln können, nachdem ihr aus den Reihen der Anhänger des von der Ausweisung Betroffenen der Vorwurf der Milde in der Handhabung des Socialistengesetzes gemacht worden sei. Er bedauere die Mutter des Ausgewiesenen, könne die Maßregel aber nicht rückgängig machen.

Nach Aufhebung des Socialistengesetzes — October 1890 — boten die thätigen Genossen durch ihre Stellungnahme zur Gründung des „Volkstreund“ — sie ist in unserem letzten Flugblatte näher präcisirt — die Hand zum Frieden, sie brachten einen Fonds von 2100 Mark auf und ihrer energischen Agitation war es hauptsächlich zu danken, daß der „Volkstreund“ eine Auflage von ca. 4500 erreichte, bei der damaligen Einwohnerzahl von ca. 100000 gewiß ein befriedigendes Resultat. Die Firma H. Vogel & Co., Inhaber Günther, Lanz, Vogel & Bauer — Nachfolger W. Brackes — liquidirte, und Herr H. Günther wurde alleiniger Inhaber der Druckerei, der Buchhandlung und des Verlages des „Volkstreund“. Der Geschäftssinn des „Genossen“ Günther erhält die beste Beleuchtung durch die Thatsache, daß er für die Druckerei von der Partei 16000 Mark verlangte, die 14 Tage bis 3 Wochen zuvor von den früheren Mitbesitzern Bauer und Lanz den hiesigen Genossen für Mk. 8000 offerirt worden war. Bei dem Charakter des Herrn Günther war es kein Wunder, daß das mit ihm getroffene Uebereinkommen von ihm nicht inne gehalten wurde. Der Preßcommission wurde nicht der geringste Einfluß auf die Geschäftsführung und die

Redaction des „Volksfreund“ eingeräumt und ihr lediglich die Pflicht auferlegt, neue Abonnenten zu sammeln. Da ihr diese Rolle nicht behagte, so lehnte sie nach Ablauf ihrer Amtsdauer eine Wiederwahl mit dem Bemerken ab, daß es ihr nicht convenire als Strohmänner Günthers zu fungiren. Die Genossen agitirten für vollständige Ueberführung des „Volksfreund“ in Parteieigenthum. Günther und seine Partisane bekämpften diese Agitation mit dem Bemerken, daß Versammlungsbeschlüsse für sie keine bindende Kraft hätten, Günther meinte, wenn die Genossen ihm die 5—6000 Mark Deficit, die er jährlich bei dem „Volksfreund“ gemacht habe, erstatteten, dann ließe sich wegen der Abtretung des „Volksfreund“ an die Partei reden. Bis zum Jahre 1895 schalteten Günther und seine Freunde nach Gutdünken über den Volksfreund. Die Anhänger des Parteieigenthums sahen nunmehr ein, daß sie durch ihren Verzicht, sich in die Preßcommission wählen zu lassen, einen Fehler begangen hatten und nahmen nunmehr eine Wahl in dieselbe an. Es wurden neben 4 Freunden Günthers 3 von ihnen gewählt, die die Preßangelegenheit durch Discussion im Arbeiterverein wieder in Fluß brachten. Die Versuche des Redakteurs Saeth, die Gegner Günthers durch Angriffe im „Volksfreund“ mundtod zu machen, mißlangen, und da er sich mit dem Verleger Günther entzweit hatte, schlug er sich zur Partei der Anhänger des Parteieigenthums. Diese erstarkte dadurch derartig, daß Ende 1895 eine Commission gewählt wurde, die sich besonders mit der Ueberführung des „Volksfreund“ in Parteieigenthum beschäftigte. Sie ließ den Genossen Berard aus Hamburg als Sachverständigen kommen, der nach Prüfung der Bücher des Günther gleich diesem ein Deficit von 5—6000 Mark herausrechnete und es für einen groben Unfug erklärte, ein Blatt mit einem derartigen Deficit in Parteieigenthum überzuführen. Trotz dieser Erklärung der „Fachautorität“ hielten die Gegner Günthers an ihrem Standpunkte fest, daß das Parteiorgan Parteieigenthum sein müsse, sie glaubten nicht daran, daß Günther aus purer Gutmüthigkeit oder wie Auer meinte, um seine Eitelkeit als Verleger zu befriedigen, jährlich 5—6000 Mark am Volksfreund zusehen würde. Sie wurden aber in ihrer Thätigkeit durch den Ausbruch des Scandals Rießling—Pistorius, mit dem sich der Gothaer Parteitag beschäftigt hat und auf den wir daher nicht näher einzugehen brauchen, gehemmt. Günther und seine Helfershelfer benützten diese Affaire, um sie allen Anhängern des Parteieigenthums an die Rockschöße zu hängen und es gelang ihnen auch den Zeitpunkt der „Verstaatlichung“ des „Volksfreund“ über ein Jahr hinauszuschieben. Als aber die guten Genossen energisch gegen Günther vorgingen, indem sie einen besonderen Buchhandel organisirten und den „Volksfreund“ abbestellten, auch G. die Druckaufträge zum Theil entzogen, und als besonders Genosse Brunke und seine Freunde die Intervention des Genossen Meister anriefen, kam die Angelegenheit mehr in Fluß. Im März 1897 erschienen im Auftrage des Parteivorstandes die Genossen Gerisch und Meister in Braunschweig und forderten Günther zur Herausgabe des Verlages auf. Dieser erbat

sich eine Bedenzzeit von 14 Tagen, welche zu bewilligen Gerisch geneigt war. Meister verlangte jedoch kathegorisch **sofortige** Erklärung, da er in dieser Sache nicht nochmals nach Braunschweig käme. Er fügte hinzu, daß wenn Günther die Herausgabe des Verlages verweigere, er es dessen Begnern nicht verdenke, wenn sie ein besonderes Organ herausgähen.

Wir müssen hierbei bemerken, daß wir bereits früher angeführt der Hartnäckigkeit Günthers, mit der er sich trotz der angeblichen jährlichen Deficite von 5—6000 Mark auf den Besitz des Verlages versteifte, die Herausgabe eines Kopfblattes beabsichtigten, aber unsere Unterhandlungen mit den benachbarten Parteiorganen darüber, sowie wegen Creirung von Filialen ihrer Zeitung am hiesigen Plage scheiterten in Folge Beeinflussung der Verwaltungen dieser Blätter durch das Parteibüro in der Stabachstraße.

Die Energie Meisters und vor Allem die Ernennung Bloß' zum Verleger des „Volksfreund“ bewogen Günther endlich in die Abtretung des Volksfreund an die Partei zu willigen. Die Commission, die die Eigenthumsübertragung regeln sollte, bestand aus 3 Freunden und 3 Begnern Günthers; erstere waren letzteren aber an Schlaueit überlegen und da der Verleger überdies ein Intimus Günthers war, kann es nicht Wunder nehmen, daß ein Vertrag geschlossen wurde, in dem alle Vortheile auf Seiten Günthers waren. Die Mittel zur Ueberführung des „Volksfreund“ in Parteieigenthum bewilligte der Parteivorstand in Form eines Credits an den Verleger Bloß in Höhe von 5000 Mark. Bloß erklärte in der Sitzung der Preßcommission vom 30. April 1897, daß ihm der Vorstand nur diese Summe bewilligt habe und daß wenn diese aufgebraucht wäre, weitere Zuschüsse nicht erfolgen würden. Unseres Erachtens wäre es Pflicht des Vorstandes gewesen den Abschluß des Druckvertrages von seiner Genehmigung abhängig zu machen. Wenn man 5000 Mark für ein Unternehmen hergiebt, muß man sich zuvor die Gewißheit verschaffen, daß sie gut angelegt sind und nicht in ein hohles Faß geworfen werden. So handelt jeder **gewissenhafte** Verwalter fremden Vermögens, die Vernachlässigung dieser **pflichtgemäßen Obforge** seitens des Parteivorstandes muß um so schärfer gerügt werden, als er der Verwalter sauer erworbener, am Munde abgesparter Arbeitergroßchen ist.

In dieser Sitzung der Preßcommission, in der der Kaufmann Faerber aus Breslau als Geschäftsführer gewählt wurde, entspann sich eine Debatte über die Höhe der Gehälter, welche den Beamten gewährt werden sollten. Faerber meinte, daß hundert Mark Gehalt mehr oder weniger bei dem Unternehmen nicht ins Gewicht fielen, die Höhe des Druckpreises sei für die Rentabilität des „Volksfreund“ von weit größerer Bedeutung. Der Vorsitzende der Preßcommission Ahmann erklärte, daß er Erkundigungen über den Druckpreis eingezo-gen habe und verlas einen Brief aus Hannover, wonach der Druckpreis dort fast eben so hoch sei, wie der hier in Aussicht genommene. Der Verleger Bloß sagte, auch

er habe sich bei dem Geschäftsführer einer bürgerlichen Druckerei, mit dem er befreundet sei, nach dem Druckpreis erkundigt. Dieser habe ihm zwar einen etwas niedrigeren Preis, als den von Günther verlangten, genannt, er müsse aber bemerken, daß die betreffende Druckerei ihre Setzer nicht nach dem Tarif entlohne. In dem Vertrage selbst wurde der Preis nicht normirt, dieser wurde nur mündlich vereinbart, weil Günther erklärte, daß mit der Erhöhung der Löhne auch der Druckpreis erhöht werden müsse. Die Anregung des neuengagirten Geschäftsführers, den Druckpreis in der ersten Zeit niedriger zu normiren und ihn mit dem Steigen der Abonnentenzahl zu erhöhen, wurde von Günther sehr ungnädig aufgenommen.

Am 1. Mai 1897 ging das Blatt aus dem Besitze Günthers in den der Partei bezw. Blos' über. Die Preßcommission, deren Leitung in den Händen von G.'s Freunden lag, that nicht das geringste zur Hebung des Blattes, dem früheren Redakteur Jaekh, der aus einem Günthersehen Paulus ein antigüntherischer Saulus geworden, war die Kündigung von G. als Neujahrsgratulation in's Gefängniß gesandt worden. Ein neuer Redakteur nicht gefunden, der von der Preßcommission in Aussicht genommene fand nicht die Billigung Auer's, der Namens des Vorstandes erklärte, kein Geld herzugeben, wenn er engagirt würde. Der Vorstand, der leichten Herzens den Druckvertrag als *quantité negligeeable* — nicht in's Gewicht fallenden Faktor — ansah, paßte scharf auf, daß kein Redakteur angestellt wurde, der ihm nicht zusagte. Nach wiederholten dringenden Briefen des Geschäftsführers an Blos, in denen der redakteurlose Zustand als unhaltbar und dem Unternehmen schädlich dargestellt wurde, erschien dieser am 26. Juni 1897 zu einer Sitzung der Preßcommission, in der er erklärte, es sei ihm von Auer gesagt worden, er wüßte einen Redakteur für den „Volksfreund“, es sei dies ein gewisser Berthold Heymann, mit dem Blos sprechen solle. Blos fügte noch hinzu, daß Singer gegen die Anstellung des Heymann gewesen sei, was ihn zu der Aeußerung veranlaßt hätte:

„Was seid Ihr im Vorstande für Menschen, der Eine will immer das Entgegengesetzte wie der Andere.“

Endlich habe sich Singer von Auer unstimmen lassen und in das Engagement Heymanns gewilligt. Da auf Befragen des Geschäftsführers Jaerber Blos erklärte, er habe sich von der schriftstellerischen Befähigung Heymanns durch Einsichtnahme in dessen Arbeiten überzeugt, erfolgte das Engagement des Benannten gegen 6 wöchentliche Kündigung.

Die laue Haltung der Preßcommission veranlaßte die Mitglieder des Arbeitervereins eine neue zu wählen, die aus 4 Gegnern und 2 Freunden Günthers bestand, während das siebente Mitglied sich als Gegner G.'s ausgab, in Wahrheit aber dessen Interesse förderte. Am 23. Juli 1897 erstattete der Geschäftsführer Jaerber auf Ansuchen Gerisch's einen Bericht an den Vorstand über die Lage des Unternehmens, in dem es wörtlich heißt:

„Soll den Bestimmungen des Vertrages entsprochen werden, so sind 8000 Mark (Betriebsfond) erforderlich. Im Vertrage wird nämlich Bezahlung der Druckerrechnung alle 14 Tage verlangt und die alte Commission hat diesen Vertrag genehmigt, obwohl ihr bekannt sein mußte, daß sie ihn nicht erfüllen konnte. Wie mir Genosse Blos mittheilt, beansprucht Herr Günther prompte Erfüllung des Vertrages, obwohl er bei Abfassung sagte, er würde bez. der Bezahlung es nicht so genau nehmen und mit sich reden lassen. Dieser Punkt des Vertrages muß unbedingt geändert werden, man darf keine Verbindlichkeiten eingehen, welche man nicht einhalten kann, und ich meine, daß es eine grobe Unconlanz von Günther ist, 14 tägige Cassaregulirung zu verlangen, während er als Eigenthümer erst nach 3 bis 4 Monaten sein Geld erhielt und seiner Angabe nach erhebliche Deficite zu decken hatte, die nun die Partei zu tragen hat. Noch unbegreiflicher ist mir, daß die alte Commission diese Bedingung einging. Mit einer derartigen Stipulation kann das Unternehmen jederzeit erdroffelt werden. „Das läßt tief blicken“, würde Genosse Sabor jagen“

und weiter:

„Da der Vorstand den größten Theil des Geldes zur Unterhaltung des Volksfreund giebt, so thäte er gut daran, die Preise für den Druck durch einen sachverständigen Vertrauensmann prüfen zu lassen; denn wenn der Drucker zu viel verdient, können wir nichts verdienen, respective verlieren wir um so mehr. Mit den Geldern der Proletarier muß aufs Oekonomischste und Gewissenhafteste umgegangen, Kapitalisten dürfen damit nicht gezüchtet werden.“

Da dieser Brief unbeantwortet blieb, sah sich der Geschäftsführer Jaerber veranlaßt, sich von einem Freunde einen Buchdruckerarif kommen zu lassen und auf Basis desselben den Druckpreis für eine Nummer zu berechnen. Diese Berechnung ließ er von einem sachverständigen Genossen überprüfen und legte das Resultat dem Genossen Meister in Hannover vor, den er Anfang August besuchte. Dieser rieth ihm sich unter Berufung auf ihn, an den Genossen Berard in Hamburg zu wenden, mit dem Ersuchen, eine Preisberechnung unter Zuschlag des unbedingt nöthigen Unternehmergewinns aufzustellen. Derselbe berechnete in seinem Briefe vom 9. August 1897 bei 25 % für Unternehmerprofit und 10 % für Makulatur den Preis von 3200 Exemplaren „Volksfreund“ Nr. 180 auf Mk. 66.90, von Nr. 171, bei der mehr Petitjak war, auf Mk. 72.90, also im Durchschnitt auf Mk. 69.90, während wir an Günther für die Auflage in dieser Höhe Mk. 91.40 — also Mk. 21.50 pro Nummer mehr zahlten. Diese Berechnung war außerordentlich coulant für den Drucker aufgestellt. Am 12. August erhielt Jaerber von dem Abgeordneten Gerisch ein Schreiben, das auf seinen Brief vom 23. Juli gar nicht eingeht, und das wir in seinem wesentlichen Inhalte hier folgen lassen.

„Wie ich heute von Freund Berard erfuhr, haben Sie mittlerweile bei diesem ein Gutachten über die an Günther gezahlten Preise anfertigen lassen. Ich habe daraufhin mit B. nochmals die ganze Angelegenheit besprochen und

erwogen und sind wir zu dem Schlusse gekommen, daß G. das erste Tausend allerdings um 4 Mk. billiger herstellen könnte. Zu ersparen würden demnach pro Jahr 1200—1500 Mark sein. Freilich wird durch derartige Ersparnisse das Defizit nicht aus der Welt geschafft, das wäre nur durch einmütiges Zusammenarbeiten aller Genossen in bezug auf Erhöhung der Abonnentenziffer möglich."

Während nach Berards Aufstellung vom 9. August, die durchaus nicht rigoros war, die Ersparniß gegen den von G. berechneten Preis sich auf ca. Mk. 7400 pro anno belief, schrumpft sie nach Rücksprache Gerisch's mit Berard und nach beiderseitiger **reiflicher Erwägung** am 12. August auf Mk. 1200—1500, also auf den 5. Theil zusammen. „Erkläre uns, Graf Derindur, diesen Zwiespalt der Natur.“ Bei Ueber sendung der vom Parteivorstande verlangten Statistik über die Preise erwiderte Genosse Jaerber u. A. dem Parteikassirer Gerisch unterm 24. August:

„Auf Ihr Geehrtes vom 12. cr. näher eingehend, kann ich Ihre Ansicht bezüglich des Druckerpreises nicht theilen. Ich finde ihn ungewöhnlich hoch für die hiesigen Verhältnisse und glaube nicht, daß wir jemals im Stande und gewillt sein werden, derartig exorbitante Preise zu zahlen. Das von Genossen Berard eingeholte Gutachten ist nicht das erste. Ich hatte Genossen Meißter bereits am 5. cr. eine Berechnung aufgestellt, die ich auf Grund des Buchdruckertarifs und eingeholter Erkundigungen über den Preis des Druckes und Papiers gemacht und welche ich von einem sachkundigen **sehr bewährten** Genossen habe revidiren lassen. Ich lasse sie nachstehend folgen. Zu Grunde gelegt ist die Nr. 174 des „Volksfreund“. Danach stellt sich der Satz

1115 Zeilen Borgis à 56 Punkte à 34 Pf. pro mille	Mk. 21.23
206 Zeilen Petit à 65 Punkte à 34 Pf. pro mille	" 4.55
	Mk. 25.78
+ 12 1/2 % Localzuschlag	" 3.22
Druck, Papier und Falzen für 3300 Exemplare	" 25.50
Abnutzung an Maschinen u. Lettern 10 % von Mk. 8000	" 2.65
	Mk. 57.15
berechnet wird	" 92.10
Profit von 34.95 an 305 Nr.	Mk. 10659.75
" " 17.45 an 52 Beilagen	" 907.40
	Mk. 11567.15

Landbote:

1100 Exemplare Druck, Papier u. Falzen	
It. Berechnung G.'s des Volksfreund	Mk. 7.70
Metteur It. Berard 4—5 Mk.	" 5.—
100 Zeilen Neusatz	" 2.14
	Mk. 14.84
berechnet ca. 21.10. Differenz 6.26 an 52 Nr.	Mk. 325.52
Gesamtprofit	Mk. 11892.67

dessen Bewilligung in dieser Höhe ich den Genossen nicht zumuthen werde. Für das in der verlotterten Druckerei steckende Capital würde das ca. 150% Gewinn ergeben. Herr G. verdient an jeder Nummer ohne Beilage Mk. 34,95 **nach Abschreibung** der Werthverminderung des constanten Capitals. Auf den Sege-
lohn berechnet ergiebt dies $29 : 34,95 = 100 : X$, eine Rate des Mehrwerths von $120\frac{1}{2}$ %. Karl Marx würde sich im Grabe umdrehn, wenn er hörte, daß Jemand, der einer proletarischen Partei eine derartige Mehrwerthsrate in Ansatz bringt, den Anspruch auf den Namen eines guten Genossen erhebt, sich als Wohltäter der Partei aufspielt und alle, die seinen Profit hunger nicht voll befriedigen wollen, für Stänkerer und Gefundel erklärt. Ich denke, wenn G. nach Abschreibung auf seinen alten Kumpelkasten einen Nutzen von Mk. 6000 pro Jahr von uns erhält, so ist er für seine Thätigkeit für und Verdienste um die Partei mehr als reichlich entschädigt. Ich kann den Genossen nicht zumuthen sich abzurackern, um Herrn Günther ungebührlich zu mästen und ich für meinen Theil würde mich auch bedanken den Commis des Herrn Günther zu spielen. Wenn wir diesem die verlangten Druckpreise **auch nur annähernd** bewilligen, so bekommt die Partekasse im Leben von hier keine Beiträge und die hiesigen Genossen können für die Agitation im Lande nichts aufbringen. Das wird doch der Vorstand nicht haben wollen? Soll der Friede eintreffen, so muß der Vorstand den Nutzen von G. **ganz gehörig** reduciren, je knapper er gehalten wird, desto weniger Macht hat er zu intriguiren und zu corrumpiren."

Der Vorstand, dessen Mitglieder Bebel und Singer damals abwesend waren, zog es aber vor auch diesen Brief des Geschäftsführers **unbeantwortet zu lassen**. Während der Brief vom 23. Juli aber den Controleuren Meister und Vertel vorgelegt wurde, geschah dies mit dem vom 24. August nicht, obwohl am 6. September die Buchhandlung des „Vorwärts“ revidirt wurde. Man beachte diese zarte Rücksichtnahme auf Günther! Dieses eigenthümliche Verhalten des Parteivorstandes, die finanziellen Interessen der Partei zu wahren, veranlaßte uns den Genossen Faerber mit dem Delegirtenmandat nach Hamburg zu betrauen, damit er persönlich mit den Inhabern des Partebüreaus wegen des „Volksfreund“ Rücksprache nehme. Er betrat am 3. October das Domicil der Genossen Gerisch und Pfannkuch in der Eichstraße mit den Worten: „Wenn der Berg nicht zu Mahomet kommt, muß Mahomet zum Berge kommen“ und erbat sich mündliche Antwort auf seine Briefe. Gerisch sagte „wir haben auch keine Lust alle Jahre die großen Zuschüsse zu leisten, nach Beendigung des Parteitages wird Jemand vom Vorstande nach Braunschweig kommen und Günther die Alternative stellen, entweder den Druckpreis zu ermäßigen oder den „Volksfreund“ nur 3 mal wöchentlich zu dem stipulirten Preise von

Mk. 91.40 pro 3200 Exemplare zu drucken.“ Auf die Bemerkung Faerbers, der Preis müsse unbedingt um Mk. 6000 pro Jahr reducirt werden und es solle auf G. dadurch eine Pression ausgeübt werden, daß ihm gesagt würde, es hätten sich andere Drucker erboten zu diesem Preise den Druck zu übernehmen, erwiderte Gerisch: „Das ginge nicht, Günther hätte das Blatt nur unter der Bedingung hergegeben, daß ihm der Druck gesichert würde und man müsse daher wegen des Preises mit ihm in Unterhandlung treten.“ Und Pfannkuch that zu Faerber die charakteristische Aeußerung: „Sie hätten sich eigentlich um einen Posten beim Genossen Miquel bewerben sollen.“ Der Geschäftsführer Faerber, dessen Briefe dem Verleger Blos vom Vorstande mitgetheilt und von Blos Günther von deren Inhalt in Kenntniß gesetzt wurde, war seitens Günthers und seines Intimus Riechers, der in die Preßcommission während des Parteitages gewählt wurde, den schwersten Insulten ausgesetzt, er wich aber nicht vom Posten, trotzdem er die Wahrnehmung machte, daß ihm der Vorstand nichts weniger als grün war. Obwohl der Parteitag am 10. October beendet war, war bis Ende October trotz der wiederholten dringenden Briefe Faerbers noch kein Vorstandsmitglied in Braunschweig erschienen und erst als der Geschäftsführer den Ausbruch eines großen Skandels prognosticirte, wenn die Abreise des Vorstandsdelegirten unter allerlei nichtigen Vorwänden länger hinausgeschoben würde, erschien am 6. November Gerisch und eröffnete Faerber, er würde auf eine Reduction des Druckpreises um Mk. 15.— pro Nr. hinarbeiten. Er ließ eine Sitzung der Preßcommission einberufen, in der er die Mittheilung machte, daß auf die Auflage des „Volkshreund“ reducirt bei theilweise größerem Format und **mehr** Satz

die „Eberfelder Freie Presse“	um Mk.	21.60
das „Halle'sche Volksblatt“	„ „	21.05
die „Münchener Post“	„ „	16.09
„ „Rheinische Zeitung“	„ „	21.20
„ „Magdeb. Volksstimme“	„ „	21.70
„ „Breslauer Volkswacht“	„ „	26.20

billiger als der „Volkshreund“ gedruckt würden. Er meinte, wenn es bekannt würde, daß der Vorstand in Braunschweig einen so hohen Druckpreis bewillige, so gäbe es einen Riesenskandal, besonders ein Genosse in Frankfurt a. M., dessen Name uns entfallen ist und der ein sehr scharfer Rechner sei, würde es sich nicht nehmen lassen, diesen Fall gehörig auszubenten. Er redete Günther ins Gewissen nochmals zu calculiren und den Preis einigermaßen mit den angeführten in Einklang zu setzen. Faerber plädirte für Herabsetzung um Mk. 20.— pro Nr., der Durchschnittsdifferenz zwischen dem Druckpreise der angeführten Zeitungen und dem des Volkshreund. Riechers meinte, wenn Günther am Drucke so viel verdiene, wie Faerber berechne, so möge doch die Partei dem Günther die Druckerei abkaufen. Nachdem Genosse Gerisch trotz der Mahnung Faerbers, vor Regelung des Druckpreises keine weiteren Zuschüsse zu gewähren, da das Geld ohne dessen erhebliche

Reduction verloren sei, dem Geschäftsführer Mk. 1500 in Gegenwart Günthers für den Volksfreund übergeben, dampfte er nach Berlin ohne greifbares Resultat ab. Günther schob seine Erklärung bis zum Vufsttage hinaus, an diesem Tage sagte er der Preßcommission, er hätte genau calculirt und könne den Preis nicht ermäßigen. In einer darauf folgenden Sitzung bequimte er sich zu einer Reduction des Preises um sage und schreibe **Mk. 4.50** pro Nummer, welcher Vorschlag selbstredend abgelehnt wurde. Auf Veranlassung der Commission kam kurze Zeit darauf der Verleger Blos nach Braunschweig. Es wurde eine Sitzung der Preßcommission einberufen, zu der eine Anzahl älterer Genossen hinzugezogen wurden. In dieser unterbreitete Blos folgenden Vorschlag des Parteivorstandes den Genossen: Günther hat die Nr. des Volksfreund vom 1. November ab um Mk. 12.— billiger zu drucken, vom 1. Mai bis 1. November sei ihm der mit der alten Preßcommission **mündlich** vereinbarte Preis — im Vertrag ist von ihm nicht die Rede — von Mk. 91.40 pro 3200 Exemplare zu bewilligen. Dieser Vorschlag wurde mit Entrüstung abgelehnt und beschlossen 8 Tage darauf eine neue Sitzung anzuberäumen, in der Blos eventuell neue Vorschläge der Parteileitung, die den Ansichten der hiesigen Genossen mehr entsprächen, diesen übermitteln solle. Blos gab in dieser Sitzung die Erklärung ab, er hätte keine neuen Vorschläge zu machen, es sei ihm nur vom Parteivorstand aufgetragen worden, sein Verlegeramt niederzulegen, wenn heute keine Einigung über den Preis zu Stande käme. Auch diese Sitzung verlief fruchtlos, da Günther keine größeren Concessionen machen wollte. Da aber gedroht wurde die Druckangelegenheit in öffentlicher Versammlung zur Sprache zu bringen, so reiste Günther nach Berlin, wo Auer bezw. der Vorstand — ohne Befragung der hiesigen Genossen — das Abkommen mit ihm traf, Reduction des Druckpreises um Mk. 15 pro Nummer und Bewilligung des alten hohen Preises vom 1. Mai bis 1. November. Günther kam in die Sitzung des Arbeitervereins, die sich mit der Preßfrage beschäftigen sollte und erklärte, die hiesigen Genossen gingen ihn nichts an, er habe mit dem Vorstande bezw. mit Auer Alles abgemacht und wer gegen ihn weiter aufzutreten sich erühne, den würde Auer schon zur Raison bringen. Da aber die Genossen sich durch diese Drohung nicht einschüchtern ließen, so erschien zur nächsten Vereinsitzung Auer und erschlich durch die Mittheilung, daß die Druckrechnungen bis 1. November bezahlt seien, die Zustimmung des Vereins zu dem mit Günther getroffenen Abkommen. Nun waren **formell** die Rechnungen bis Ende October zwar beglichen, der Verlag schuldete aber an Günther ca. 1400 Mark, die er für ihn an Abonnementsbeträgen pro April einkassirt und außerdem die Novemberrechnung in Höhe von ca. 2300 Mark, überdies hatte der Geschäftsführer wiederholt energisch für Reduction des Druckpreises **vom 1. Mai ab** plädirt. Dieses erschlichene Botum kann Auer also nicht zu seinen Gunsten anführen.

Bevor wir in der Darstellung der folgenden Ereignisse fortfahren,

müssen wir einen kritischen Rückblick auf das bisher Erzählte werfen. Nachdem der Vorstand den Bestrebungen der hiesigen Genossen, den „Volkfreund“ in Parteieigenthum überzuführen, Jahre lang ablehnend ja geradezu feindlich gegenüber gestanden, sieht er sich in Folge energischer Agitation, die Günther in arge Verlegenheit bringt, genöthigt, diesen Standpunkt aufzugeben, bewilligt Bloss einen Credit von M. 5000, ohne sich darum zu kümmern, was mit dem Gelde geschieht, d. h. ohne sich den Druckvertrag mit G. vor Abschluß zur Genehmigung unterbreiten zu lassen, reagirt auf die Briefe des Geschäftsführers Faerber, der in dem vom 23. Juli ein Deficit von ca. M. 7000 pro anno auf Basis des von G. berechneten Preises herausrechnet und in dem vom 24. August die Uebertheuerung Günthers um nahezu diesen Betrag rechnungsmäßig nachweist, mit keiner Silbe und läßt sich nur durch die Furcht vor Skandal nach langem Widerstreben zur Intervention herbei, wobei er Günther unberechtigter und unnöthiger Weise den hohen Druckpreis vom 1. Mai bis 1. November rettet und diesem „nothleidenden“ Buchdruckereibesitzer dadurch **ca. 2800 Mark auf Kosten der Parteilasse zuschanzt**. An den Parteikassirer Gerisch wäre die Frage zu richten, wann er von den Druckpreisen der anderen Parteiblätter Kenntniß erhielt, daß er am 12. August nur die Reduction um M. 1200—1500 pro anno möglich hält? An Bloss als Verleger, warum er, anstatt sich bei seinen Fraktionsgenossen den Vertretern für Halle, Elberfeld, Magdeburg, Frankfurt a. M. u. nach dem Druckpreis ihrer Lokalzeitungen zu erkundigen, wie es doch seine Pflicht als bestellter Wahrer der Parteiinteressen gewesen wäre, sich nur bei dem ungenannten Disponenten einer bürgerlichen Druckerei erkundigt und dieser ihm nur einen **etwas** niedrigeren Preis genannt hat? An den Vorsitzenden der damaligen und jetzigen Preßcommission und Geschäftsführer des Consumvereins Ahmann, warum er gerade nur in Hannover, wo allein ein hoher Preis gezahlt wird, Erkundigungen eingezo-gen und nicht auch in Magdeburg, Halle, Leipzig u., die doch auch nicht durch unermessliche Entfernungen von Braunschweig getrennt sind? Alle diese Fragen finden ihre Beantwortung in der That-sache, daß die Genannten sämtlich Freunde Günthers sind und dessen Interesse höher stellten als das der Partei, zu dessen Vertretung sie **von Amtswegen verpflichtet waren**.

Nachdem der Arbeiterverein in Folge der von Auer Namens des Vorstandes abgegebenen Erklärung, daß dieser das Deficit des Volk-freund bis zum Stuttgarter Parteitage zu decken sich verpflichte, und der oben erzählten List Auers seine Zustimmung zu dem von diesem mit Günther getroffenen Abkommen gegeben, blieb nur noch die Regelung der Zahlungsweise und des Druckpreises des „Landboten“ übrig. Bezüglich ersterer wurden 4 wöchentliche Zahlungsstermine, bezüglich des letzteren M. 19.20 pro 1100 Exemplare bei 100 Zeilen Neusatz — es war dies der von der alten Preßcommission festgesetzte Preis — für die Zeit vom 1. Mai bis 1. November, und M. 18 für dieselbe Auflage vom 1. November ab zwischen Günther und dem Geschäftsführer in

Gegenwart Auers nach längeren Verhandlungen vereinbart. Der Vorstand gewährte ein Darlehn von Mk. 4000 als Betriebsfonds. Man hätte nun annehmen dürfen, daß der Parteivorstand alles Interesse an einer recht sparsamen Finanzpolitik hätte haben und alle unnöthigen Ausgaben hätte vermeiden müssen. Statt dessen malträdirte Auer den Geschäftsführer und die Preßcommission, weil diese die monatliche Ausgabe von Mk. 40 für Parlamentsberichte nicht für nöthig hielten, vielmehr der Ansicht waren, daß die Redaction diese aus dem „Vorwärts“ und den bürgerlichen Zeitungen zusammenstellen solle, wie dies bei gleichen Kräften z. B. beim „Hannoverschen Volkswillen“ geschieht. Als der Geschäftsführer im August mit Genossen Meister conferirte, erwiderte ihm dieser auf seine Anfrage, ob er auf die Firma Gutmann und Baake, der Lieferantin des Parlamentsberichts von Partei wegen irgend welche Rücksicht zu nehmen habe, wörtlich „Wir, d. h. der Parteivorstand haben mit dieser Firma nichts zu thun, es ist ein Privatunternehmen und obgleich ich persönlich mit Gutmann befreundet bin und er mich wiederholt wegen Bezuges der Parlamentsberichte angegangen hat, habe ich mich hierzu nicht veranlaßt gesehen. Ich bin der Meinung, die Redacteurs können für das Gehalt, das sie beziehen, auch etwas thun.“ Dagegen schreibt Auer am 7. Januar an den Geschäftsführer wörtlich „Den Lesern unserer Blätter muß doch daran liegen vom Reichstage dasjenige berichtet zu erhalten, was sie interessiert und damit dies geschehen kann, **ist für die Parteipresse das Baake'sche Bureau eingerichtet worden.**“ Hiernach gewinnt es den Anschein, als sei das Baake'sche Bureau ein Parteiunternehmen. Und Blos schreibt am 14. Februar an dieselbe Adresse: „Soeben war Auer bei mir und erklärte mir, daß man beim Vorstand auf dem Halten der Reichstagscorrespondenz bestehe, nachdem sich der Vorstand für das Blatt mit Geldmitteln engagirt habe. Ich theile Ihnen dies im Auftrage mit und bitte Sie, es auch der Preßcommission mitzutheilen.“ Welches Interesse hatte der Vorstand sich für das Baake'sche Unternehmen in dieser peremptorischen Weise einzusezen? Da dieses ein Privatunternehmen war, so kann man nur annehmen, daß er den Redacteur, für dessen Erhaltung für den Volksfreund er später so energisch eingetreten ist, nicht fähig hielt die von der Redaction des „Hannoverschen Volkswillen“ gelieferte Arbeit zu leisten, da die Ausnahme, es hätten Mitglieder des Vorstandes ein pekuniäres Interesse an dem Baake'schen Unternehmen von vornherein ausgeschlossen ist.

Im Januar 1898 hatte der Arbeiterverein die Neuwahl der Preßcommission vorzunehmen. Während die guten Genossen durch Verbreitung von Flugblättern auf dem Lande für die Wiederwahl Blos' agitirten, hielten dessen Freunde, Günther und sein Anhang, Conventikel ab, in denen beschlossen wurde, sich durch eifrige Agitation der gesammten Preßcommission zu bemächtigen und nachdem dies gelungen, dem unbequemem Geschäftsführer zu kündigen. Günther und seine Freunde wandten hierbei den Kniff an **gefälschte** Aufforderungen des Vorstandes

des Arbeitervereins zu zahlreichem Besuche derjenigen Sitzung desselben, in der die Wahl der Preßcommission vorgenommen werden sollte, zu drücken und unter den indifferenten Genossen zu verbreiten. Durch eine Namensverwechslung erlangten wir Kenntniß von den sauberen Manipulationen der Güntherianer und beschloßen als Gegencoup keinen notorischen Anhänger Günthers in die Commission zu wählen. Besonders trat dafür der Geschäftsführer energisch ein. Er führte aus, daß die Preßcommission zu Günther im Verhältnisse des Käufers zum Verkäufer stünde. Gelte es schon bei jeder Actien-Gesellschaft als Corruption, wenn der Lieferant des Rohmaterials seine Freunde im Verwaltungsrathe der Gesellschaft placirte, um wie viel mehr bei einem socialdemokratischen Unternehmen. Säßen die Freunde Günthers in der Preßcommission, so wäre dieser thatsächlich unumschränkter Gebieter über die Parteigelber. Die Anhänger Günthers erlitten bei der Neuwahl eine eklatante Niederlage, indem kein einziger notorischer Anhänger des früheren Eigentümers gewählt wurde. Dagegen war es diesem gelungen 1—2 Mitglieder für sich zu gewinnen, die den in Aussicht genommenen energischen Maßregeln des Geschäftsführers heftigen Widerstand entgegensetzten. Dieser wollte die Kündigung des Redacteurs, der absolut unfähig war das Blatt in die Höhe zu bringen und der sich vollständig in den Dienst der Günther'schen Clique gestellt hatte, sowie die Enthebung Bloß' vom Verlegeramte, weil dieser thatsächlich die Interessen Günthers statt derjenigen des Parteiverlages vertrat, scheiterte aber mit seinen Bestrebungen. Besonders war es der Vorstehende Plätsmann, der mit Rücksicht auf die Abgeordneten-Eigenschaft des Bloß dessen Enthebung vom Verlegeramte entschieden opponirte. Leider drang er mit seiner Ansicht durch. Wir übergehen die vielfachen Chikanen, mit denen der Geschäftsführer vom Verleger und dem Parteibureau bedacht wurde und die er im Interesse der Partei über sich ergehen ließ und wollen nur anführen, daß sogar der Versuch unternommen wurde die Lieferanten des Verlages mit Mißtrauen gegen ihn zu erfüllen ja sie zu veranlassen, ihm den Credit abzuschneiden. Besonders that sich die Firma J. S. W. Dieß Nachfolger, deren Firmaträger sich durch den Verkauf der Hamburger Genossenschaftsdruckerei an ihn zur Zeit des Socialistengesetzes vom armen Faktor zum wohlhabenden Buchdruckereibesitzer und Verlagsbuchhändler aufgeschwungen hatte, durch forcirte Mahnungen hervor. Sie entblödete sich nicht den Verlag des Volksfreund **per Postkarte** wegen Posten, die erst 2 Monate anstanden, zu mahnen und hatte die liebenswürdige Manier, sobald ihr Guthaben Mk. 700 überschritten hatte, diesen Salvo durch 3 Blaudrucker-Ausrufungszeichen und Unterstreichung mit demselben Material hervorzuheben, um dem Volksfreund-Verlag begreiflich zu machen, daß eine Erhöhung des Credits mit einer besonderen Gefahr für den Geldbeutel des ehemaligen Buchdruckereifactors verbunden sei. Der Geschäftsführer machte den Verleger Bloß bei seiner Anwesenheit auf diese sonderbare, im Verkehr unter anständigen Kaufleuten verpönte, Art zu mahnen aufmerksam und ersuchte ihn die genannte Firma, deren

Angestellter er ist, zu veranlassen, sich dieses eigenthümlichen Mahnverfahrens nicht mehr zu bedienen. Blos versprach dies zu thun, **kurze** Zeit darauf wurde aber dieses anstößige Mahnen wiederholt, man kann sich also denken, in welcher Weise sich der Verleger Blos seines Versprechens entledigte. Von dem Drucker Günther wurden dem Geschäftsführer alle möglichen Knäppel zwischen die Beine geworfen, um ihn in den Augen der Genossen zu discreditiren. So ließ er sich trotz der wiederholten Aufforderung desselben und der Preßcommission, die Rechnung für den Druck des Landboten gemäß dem getroffenen Abkommen auszustellen, nicht herbei diese zu liefern und als der Geschäftsführer Faerber darauf bestand, weil er ihrer für die rechtzeitige Fertigstellung der Bilanz bedürfe, erklärte diesem Günther eines Tages, er könne bei dem vereinbarten Preise nicht bestehen, er müsse ca. 20 Mark pro 1100 Exemplare Landboten bei 100 Zeilen Neusatz haben. Auf die Bemerkung Faerbers, an abgemachten Dingen dürfe nachträglich nichts geändert werden, erwiderte er, er müsse dieserhalb an Blos schreiben. Am 11. März empfang der Geschäftsführer folgenden Brief Auers.

„**Freund** Günther wendet sich an mich wegen dem Landboten, dessen Bezahlung mit Mk. 17.50 für 1100 Exemplare er durchaus für ungenügend erklärt. Günther erklärt, daß er Mk. 19.50 haben müsse. Ich habe Günther bei meiner Anwesenheit in Braunschweig schon gesagt, daß der Landbote uns nichts angeht und ich mische mich auch jetzt nicht in die Sache ein. Ordnen solltet Ihr aber die Sache und das Forum dafür würde wohl das Agitationscomité sein, (warum das Agitationscomité, weil dieses zur Hälfte aus Freunden Günthers bestand? Angelegenheiten der Presse gehören doch logischer Weise vor die Preßcommission, die freilich nicht im Sinne Günthers zusammengesetzt war.) Kann Günther das Blatt für den Preis von Mk. 17.50 nicht herstellen und will das Agitationscomité die verlangten Mk. 19.50 nicht bezahlen, dann **muß** die Herstellung eben unterbleiben. Auf alle Fälle **müßt** Ihr dafür Sorge tragen, daß die **Lappalie** aus der Welt geschafft wird. Günther klagt auch, daß Sie ihn nach wie vor mit Theilzahlungen hinziehen. Wie steht es denn damit, Sie sind doch jetzt im Besitze der nöthigen Mittel?“

Hierauf antwortete Faerber am 18. März: „Ich finde nicht Worte genug, um Ihnen mein Erstaunen über Ihren werthen Brief vom 11. d. M. auszudrücken. Sie waren persönlich zugegen als ich mit Herrn Günther nach langer Verhandlung und nachdem ich ihm lebiglich des Friedens wegen die alleräußersten Concessionen gemacht habe, den Preis für den Landboten mit Mk. 18 pro 1100 Exemplare bei 100 Zeilen Neusatz vereinbart habe und zwar vom 1. November p. ab. Für die Nummer vom 1. Mai bis 1. November p. concedirte ich ihm den von der alten Preßcommission, die aus seinen **persönlichen** Freunden vorzugsweise zusammengesetzt war, mit ihm vereinbarten Preis von Mk. 19.20.

Ich verlangte ursprünglich, daß der Preis auf Mk. 17 normirt würde und bewilligte ihm, nachdem er Mk. 17.50 ablehnte, Mk. 18, wie gesagt des lieben Friedens wegen. Wenn Herr Buchdruckereibesitzer Günther den mit mir mündlich geschlossenen Vertrag einfach umstößt und für dieses Verfahren den Grund vorschützt, daß er bei dem Preise von Mk. 18 nicht bestehen könne, so sagt er eine — Unwahrheit und glaubt wucherischen Nutzen beanspruchen zu können. 1100 Landboten kosten Druck und Papier nach Analogie

seiner Berechnung des „Volksfreund“	Mk. 7.70
Meteur lt. Gérard Mk. 4—5	5.—
100 Zeilen Neusatz	2.40

Mk. 15.10

wobei in den Mk. 7.70 ein Unternehmergewinn schon enthalten ist. Wenn er Mk. 18 erhält so ist dies eine Mehrwerthsrate von 120%, selbst wenn ich annehme, daß er bei dem Druckpreise von Mk. 7.70 nicht einen Heller verdient. Ein Preis von Mk. 19.50, den er nunmehr verlangt, würde eine Mehrwerthsrate von mindestens 188% repräsentiren, welche vor der Partei zu rechtfertigen, auch dem gewandtesten Redner schwer fallen dürfte. Wenn er bei diesem Preise angeblich nicht bestehen konnte, brauchte er ihn nicht zu acceptiren und der Arbeiterverein hätte alsdann wie über das Abkommen bez. des „Volksfreund“ auch über den Preis des Landboten Beschluß gefaßt. Sein gegebenes Wort zu brechen und für den Wortbruch — Ausreden gebrauchten, ist aber eine so — Handlungsweise, daß es meines Erachtens Ihre Pflicht war als Repräsentant der Leitung einer Partei, die die **Moral** zur Richtschnur ihres Handelns gemacht, diesen Herrn zur Scham zu rufen. Statt dessen glauben Sie es für richtig zu halten, den hiesigen Genossen in die Form von Rathschlägen gekleidete Befehle zu ertheilen. Sie decretiren einfach, wenn Günther erklärt, er könne nicht bestehen, so **muß** der Druck des Landboten unterbleiben. Ich meine, das wäre Sache der hiesigen Genossen zu entscheiden, was sie diesem Vertragsbruche gegenüber zu thun hätten, wobei es ihnen freisteht, Ihre Ansichten als schätzenswerthes Material zu benutzen. Auf den weiteren Inhalt Ihres Briefes unterlasse ich es zu antworten, um nicht den Anschein zu erwecken, als hielte ich Sie für das Forum, vor dem ich mich in meiner Eigenschaft als Geschäftsführer des „Volksfreund“ zu verantworten hätte. Den Weg, den er der Organisation gemäß zu beschreiten hat, kennt Herr G. genau, er ist 1) Preßcommission, 2) Vertrauensmann, 3) Arbeiterverein. Anderen als diesen Behörden bin ich nicht verantwortlich. Es widerstrebt meinen Grundsätzen unerbetene Rathschläge zu ertheilen. Wenn es Ihnen Vergnügen macht zu Gunsten des Herrn Buchdruckereibesitzers Günther mit den hiesigen Genossen Krieg zu führen, so will ich Sie in diesem Vergnügen nicht stören. Verhehlen will

ich Ihnen jedoch nicht, daß der Erfolg wie bei jedem Kriege ein zweifelhafter, der Schaden aber ein gewisser ist."

Hierauf antwortete Auer am 19. März:

"Aus dem Rheinland zurück, finde ich Ihren Brief vom 18. d. M. vor. Da ich Sie **nie** für ernst genommen und stets nur für einen halbverrückten Sonderling gehalten habe, so hat mich Ihr Brief nicht besonders aufgeregt. Ich werde denselben aber aufheben, da er zur Charakteristik Ihres Geisteszustandes von Werth ist."

In welchem Sinne das „Aufheben“ gemeint war, wird der Verlauf der Ereignisse ergeben.

In der nun folgenden Periode der Wahlbewegung ruhten die Wühlereien der Güntherianer nicht, welche sich fast gar nicht an der Agitation beteiligten, ja deren Haupt Henmann eine Anzahl von rednerischen und anderen Kräften in seinen aussichtslosen 12 Hannover'schen Wahlkreis schleppte und auch den Kandidaten Bloß dahin zu schleppen suchte, gegen welches Unterfangen aber der Vertrauensmann Gritzenhauer energischen Einspruch erhob. Die Herren Heymann, Günther und Wesemeier hezten den Parteigenossen Pistorius, gegen den das hiesige Welfenblatt, **ohne ihn namhaft zu machen**, die Beschuldigung, Geschäftsocialist zu sein, erhoben hatte, auf, dasselbe zu verklagen und lieferten durch diese treulose Handlungsweise den Welfen das Material in die Hände für ihr Flugblatt, dem neben der lauen Beteiligung der Güntherianer an der Wahlagitation der Mißerfolg im ersten Wahlgange zu danken war. Herr Günther persönlich, dessen Parteithätigkeit während der Wahl sich darauf beschränkte die Flugblätter und Stimmzettel für die Wahl zu gepfefferten Preisen zu drucken, lieferte dem Geschäftsführer weder die Druckrechnungen für den „Landboten“ zu dem vereinbarten Preise noch die Abrechnung über die für das 2. Quartal 1897 für den „Landboten“ eincassirten Beträge, verlangte dagegen Vorschüsse auf seine Monatsrechnung, die ihm der Geschäftsführer mit Rücksicht auf seine hartnäckige Weigerung, seinen Verpflichtungen bez. der Abrechnung nachzukommen, verweigerte. Günther drohte an Auer zu schreiben, Färber erwiderte, Auer ginge ihn nichts an. Da die Preßcommission die correcte Handlungsweise ihres Geschäftsführers billigte und die persönliche Freundschaft Auer's für Günther nicht berücksichtigte, wurde auf ihre Beseitigung gesonnen. Hierzu wurden alle Vorbereitungen getroffen, die nach Beendigung des Wahlkampfes in's Werk gesetzt werden sollten. Kaum war die Stichwahl vorüber, so wurden die Batterien demaskirt. Heymann hielt im Arbeiterverein einen Vortrag über die letzten Wahlen, in dem er in einer 1½ stündigen Rede recht wenig Sachliches vorbrachte, dagegen sich in einer Unmasse von Invektiven gegen eine Anzahl von Genossen, insbesondere gegen den Vertrauensmann, den Vorstand des Arbeitervereins und das Wahlcomité erging, mit deutlicher Auspielung auf das Welfenflugblatt von der Abschüttlung unsauberer Elemente sprach, mit einem Worte, den von ihm selbst und seinen Freunden Wesemeier und Günther wieder

aufgerührten, von dem Gothaer Parteitag längst erledigten Fall Pistorius—Kiepling dazu benutzte, die Gegner seines Freundes Günther zu Boden zu schmettern und diesem wieder die Leitung der Partei in die Hände zu spielen. Die Preßcommission, die die Kündigung des Redakteurs, dessen Unfähigkeit bei ihr feststand, nur mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen hinausgeschoben hatte, berief den Verleger Blos nach hier und faßte in dessen Gegenwart den einstimmigen Beschluß dem Heymann, dessen letzten Vortrag sie als den Parteifrieden störend ansah, sofort zu kündigen. Blos sagte, daß, nach dem, was in der Sitzung vorgebracht worden, auch er die Stellung des H. als unhaltbar ansehe und privatim erzählte er nach Schluß der Sitzung dem Vorsitzenden der Commission, daß H. selbst die Kündigung vorausgesehen und ihn (Blos) gebeten habe, ihm zu einer anderen Stellung behülflich zu sein. Blos übernahm noch von Faerber eine Annonce betreffs des Redakteurs für die Neue Zeit und dampfte hierauf nach Stuttgart ab. Da Heymann eine von ihm inspirirte, in einer Sitzung des Arbeitervereins von 2 Stroh-
männern eingebrachte Resolution, die von persönlichen Angriffen wimmelte und daselbst eine heftige Entrüstung erregte, im „Volksfreund“ abdruckte, so sah sich die Preßcommission veranlaßt, ihn seines Postens **sofort** zu entheben, den Genossen Faerber interimistisch mit der Redaktion zu betrauen und Genossen Gerstenhauer die verantwortliche Zeichnung zu übertragen. Jetzt schien der Moment gekommen, den Auer und Gerisch geeignet hielten, einzugreifen. In einem regen Brief- und Depeschewechsel zwischen der Kappbachstr. 9 und der Rannengießerstr. 13, wurde der Plan zur Mobilisirung der Truppen vereinbart, dabei gab sich Auer den Anschein, als ob er gar nicht wüßte, was auf seine Anregung in's Werk gesetzt werden sollte. So schrieb er am 13. Juli an den Vertrauensmann, „daß es ganz verfehlt ist, den alten Tratsch jetzt wieder aufzurühren, ist auch meine Meinung, und speciell Heymann hätte die Fingern davon lassen sollen. Ob Ihr aber gut gethan habt, ihm deswegen gleich zu kündigen, ist doch noch die Frage. So weit ich das Blatt zu verfolgen in der Lage war, hat er es so gut gemacht, wie man es dem Umständen nach verlangen konnte. Er mag ja auch Fehler gemacht haben, aber die kommen immer vor. Jetzt müßt Ihr doch auch erst wieder sehen, wen Ihr bekommt, (eine colossale Sorge, über 1/2 Dg. Bewerbungen **sehr befähigter** Genossen liefen auf unsere Annoncen ein!) Blos schrieb mir gestern bereits nach einem neuen Redakteur, natürlich lehnen wir es ab uns beim Suchen nach einem solchen zu betheiligen. Habt Ihr Heymann, der nach Braunschweig kam, **ohne daß wir eine Ahnung davon hatten** (der „biedere“ Auer hatte ihn selbst ausgesucht und dem Blos als geeigneten Redakteur empfohlen — eine eigenthümliche Gedächtnißschwäche!!!) schon als unseren Spion behandelt, wie würdet Ihr erst einem armen Teufel von Redakteur zusetzen, von dem Ihr wißt, daß er mit unserem Wissen und Willen nach dort gekommen ist. Also schon um des **zukünftigen Friedens** willen ist es gut, daß wir uns um den **zukünftigen Redakteur nicht**

kümmern. Und am 12. Juli an Genossen Bode: „daß Sie uns nun zumuthen, wir sollten Heyman veranlassen **sofort** Braunschweig zu verlassen und es solle einer von uns hinkommen, klingt geradezu komisch. Was geht uns Euer Verhältniß mit Heymann an? Hat man uns gefragt, als man Heymann angestellt hat (woher kannten wir ihn denn „wahrheitsliebender“ Auer?) oder hat man uns jetzt gefragt, ehe man ihm gekündigt hat? Wir haben von der Anstellung und Kündigung erst erfahren als sie geschehen waren und wie sollten wir jetzt dazu kommen uns in diese Verhältnisse zu mischen!“ Diese Briefe waren in der Absicht geschrieben, die Beguer Günthers in Sicherheit zu wiegen. Man hatte hier inzwischen nach der alten Caesaren—Maxime „Superos si nequeo flectere Acheron movebo.“ (Wenn wir die Genossen nicht zwingen können, so lassen wir alles mögliche zusammengetrommelte Chor als Genossen aufmarschiren) gehandelt. Die Adjutanten Günthers holten Krethi und Plethi aus den Schnapskneipen, die indifferente Masse von den Bauplätzen, Antisemiten, Streikbrecher, Innungsmeister und Welsen herbei und ließen von dieser zusammengetrommelten Menge den Heymann als tüchtigen Redakteur, die Preßcommission aber, deren Mitglieder in der Versammlung niedergebrüllt wurden, als unfähig zur Bekleidung ihres Amtes erklären (³/₄ der Versammlungstheilnehmer kannten die Geistesprodukte Heymanns gar nicht). Gestützt auf die von ihnen inscenirte Massenkundgebung erschienen plötzlich Auer und Gerisch hier auf der Bildfläche, erklärten die von dem Referenten der Preßcommission im Arbeiterverein für die Kündigung Heymanns vorgebrachten Gründe als „elenden Tratsch“, ergriffen ostensibel für Heymann Partei und forderten den Geschäftsführer Jaerber auf, ihnen das Bankguthaben des Verlages auszuliefern, was dieser aber verweigerte. Charakteristisch ist es, daß sie dann von Günther und Heymann in Empfang genommen, mit diesen sogleich ein Café besuchten und es gar nicht der Mühe werth hielten den Vertrauensmann Gerstenhauer von ihrer Ankunft in Kenntniß zu setzen, geschweige denn sich über die Lage der Partei Bericht erstatten zu lassen. War doch Alles zuvor mit Günther und Heymann abgemacht worden. Am nächsten Tage erging der Befehl an Blos herzukommen und den Staatsstreich perfect zu machen. Er war von allen Vorkehrungen für letzteren bereits unterrichtet, namentlich wußte er, daß der neue Geschäftsführer bereits in der Person des Herrn Stegmann parat gehalten war. Ungeachtet dessen schrieb er am 20. Juli, zwei Tage vor seiner berühmten Rede in der Hofsäger-Versammlung an den Vorsitzenden der Preßcommission Lehner: „Sowie die Dinge nunmehr sich entwickelt haben, (mit Hülfe Auers und Günthers) giebt es nur eine Lösung, wenn nämlich die Preßcommission und ich zugleich zurücktreten und ein neuer am Orte wohnender Verleger gewählt wird. Den Beschluß einer 4000 köpfigen Versammlung und seine Wirkungen kann man nicht dadurch aus der Welt schaffen, daß man seitens der neuen Redaktion denselben für null und nichtig erklärt.“

Dasselbe Argument von der Competenz der indifferenteren Masse in

Redaktionsangelegenheiten hatten 2 Tage zuvor Auer und Gerisch vorgebracht, wurden aber von Faerber gehörig abgeführt, der auf die Inszenierung der „Volkskundgebung“ gegen Zola seitens des französischen Generalstabs hinwies. Und am 21. Juli — im Begriffe nach hier abzureisen — schreibt Blos an Genossen Lehnert: „Ich muß meinem gestrigen Brief noch Einiges hinzufügen. Der Parteivorstand beschwert sich sehr über die Preßcommission. Dieselbe habe weitgehende Veränderungen getroffen, ohne ihm auch nur Mittheilung davon zu machen, während er doch für Alles das Geld hergeben solle. Der Parteivorstand **verlangt**, daß Faerber die Redaktion sofort abgibt und Heymann dieselbe bis zu seinem eventuellen Abgange übernimmt. Sonst wird Nichts mehr gezahlt. Ich ersuche nochmals dringend diesem **Verlangen** nachzugeben, es giebt keinen anderen Weg aus der Verwirrung“ und weiter: „Man wähle einen neuen Verleger und eine neue Preßcommission und diese mögen dann die Personalverhältnisse am „Volksfreund“ bestimmen.“

Wir müssen einen Augenblick bei diesem letzten Briefe Blos' verweilen. Am 13. Juli schreibt Auer: „Wir mischen uns in Euer Verhältniß mit Heymann nicht hinein,“ nachdem die Weisitzkomödie arrangirt, **verlangt** der Vorstand, daß Faerber die Redaktion sofort niederlegt und Heymann sie übernimmt. Mit welchem Rechte? Nun mit demselben Rechte, mit dem er **verlangt**, daß die Waateschen Parlamentsberichte bezogen werden, trotzdem sie eine Mehrausgabe von Mk. 40.— monatlich verursachen. Mit dem Rechte des **Stärkeren**. Er sagt wie der Kapitalist: Ich habe die Hand auf den Geldbeutel der Partei und Ihr habt zu tanzen, wie wir spielen, und dabei befindet er sich im Einklang mit der Parteiverfassung; denn der famose § 13 der Organisation bestimmt, daß „die Parteileitung über die vorhandenen Gelder nach **eigenem Ermessen** verfügt.“ Statt der Diener der Partei zu sein, wirft er sich zu ihrem Herrn auf. Er zwingt den Dortmunder Genossen den Dr. Lütgenau, den sie nicht mögen und der sich in neuester Zeit durch seine Prügelstrafentheorie so glänzend bewährt hat, zum Redakteur auf, weil er placirt werden muß. Auer hat es ihm versprochen und was Auer will, das hat zu geschehen. Nicht wahr, nette Zustände in einer „demokratischen“ Partei? Laut unserem Parteiprogramm bekämpfen wir die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen — das ist Theorie — in der Praxis nimmt der Vorstand für den Ausbeuter Günther und seine Helfershelfer gegen die Ausgebeuteten Partei. Wahrlich, es ist schwer keine Satire zu schreiben! Und aus welchem Grunde geschieht diese Verletzung des Parteiprogramms? Weil „Freund“ Günther es verstanden hat sich die Gunst des Generalstabschefs Auer zu erwerben. Ob es die „schönen Augen“ oder die „zaubergewaltige Erscheinung“ Günthers waren, die die Liebe in dem Herzen Auers für diesen entzündet, überlassen wir dem Urtheil der Genossen Deutschlands. Was nun in Braunschweig geschah, ist bekannt. Die Preßcommission, der Vertrauensmann und selbstverständlich der unbequeme Geschäftsführer, die an die Jugend von „Freund“ Günther zu zweifeln wagten, wurden ihres Amtes

entsetzt, die hervorragende journalistische Kraft Heymann auf den Redaktionsstuhl zurückgeführt und die Einheit der Verwaltung im Sinne Auer—Blos—Günther hergestellt. Gegen diesen Staatsstreich führten die vergewaltigten Organe der Partei Beschwerde bei den Controleuren in einem Briefe vom 21. Juli, dessen Schluß wir hier folgen lassen: „Wir fordern die Controleure auf, den Genannten (Auer und Gerisch) kategorisch zu untersagen in ihrer Vergewaltigungspolitik, die einzig in der Geschichte der Partei dasteht und diese schwer und dauernd zu schädigen geeignet ist, fortzufahren, ihnen anzugeben, sich jeder Einmischung in die hiesigen Angelegenheiten zu enthalten und eine Plenarversammlung des Vorstandes d. h. des geschäftsführenden Ausschusses und sämtlicher Controleure im Laufe des **nächsten** Monats einzubernfen, die die unparteiische Regelung der Braunschweiger Wirren, deren Urheber Herr A. Günther und eine kleine Clique ist, in die Hand nehmen soll. Der Termin der Plenarsitzung ist dem unterzeichneten Vertrauensmann **14 Tage zuvor** bekannt zu geben, damit das Material zusammengestellt und gesichtet werden kann.“

Wie haben sich nun die Controleure ihrer Aufgabe entledigt? Sind sie den Beschwerdeführern gerecht geworden? Nicht im geringsten. Ohne das Anlagematerial der Beschwerdeführer einzufordern, haben sie nach dem, was ihnen Auer vorzulegen für gut befunden hat, und von dem die Ankläger keine Kenntniß erhielten, einen Urtheilsspruch gefällt. Ganz à la Proceß Dreyfuß. Nur das dort der Angeklagte ohne Vorlegung des genannten Anlagematerials verurtheilt, hier die Ankläger abgewiesen wurden, bevor sie ihr Anlagematerial vorlegen konnten, während den Angeklagten die Production aller von ihnen selbst bestellten Briefe, über welche sich zu äußern den Anklägern unmöglich war, da ihnen deren Kenntnißnahme vorenthalten wurde, als Rechtfertigung für ihr gewaltthätiges Vorgehen gestattet wurde. So soll namentlich ein Brief des jetzigen Geschäftsführers Stegmann, den der „listenreiche“ Auer sich schreiben ließ und in dem der Vorstand aufgefordert wurde, Jemand nach Braunschweig zu delegiren, weil die Preßcommission und die interministriche Redaction die Herausgabe eines Concurrrenzblattes beabsichtigten, als Entschuldigung für das Vorgehen der Angeklagten gedient haben. Und auf solch albernen Schwindel fallen die Controleure hinein! Haben sie dadurch, daß sie in die Verhandlung der Materie eintraten, bevor sie das Material von den Beschwerdeführern hatten, einen sonderbaren Beweis von ihrer Kenntniß eines ordentlichen Gerichtsverfahrens geliefert, so ist ihr Glaube an das in dem bestellten Briefe Stegmanns Erzählte ein trauriges Denkmal ihrer Urtheilskraft. In ihrer gegenwärtigen Organisation, wonach die Controleure an 6 verschiedenen durch große Entfernungen von einander getrennten Orten wohnen, ist das Institut der Controleure nur das Feigenblatt des Auerischen Absolutismus. Ihre Funktion ist eine rein dekorative. Jedes Vierteljahr kommen sie auf höchstens 2—3 Tage nach Berlin und da sollen sie neben Erledigung einer Reihe von Parteiangelegenheiten die Parteeasse, der Vorwärtsverlag,

die Buchhandlung des Vorwärts und die anderen Parteigeschäfte revidiren. Höchstens die **calculatorische** Richtigkeit ist in diesem kurzen Zeitraum zu prüfen; ob aber die Einnahmen und Ausgaben richtig eingestellt, ob überhaupt die Bilanz richtig ist, dazu ist bei dem Umfang der Parteigeschäfte **allmonatlich** eine **mehrtägige** sachkundige Revision erforderlich. Die Anstellung eines gutbesoldeten, **ökonomisch unabhängigen**, sachkundigen Revisors von **erprobter** Redlichkeit würde sich sehr bezahlt machen. Die Behandlung der Braunschweiger Angelegenheit hat bewiesen, daß Vertrauensübelkeit sehr wenig am Platze ist, abgesehen davon, daß sie dem demokratischen Prinzip widerspricht. Soll die Partei nicht schweren, dauernden Schaden erleiden, so muß mit dem Personencultus der sogenannten Führer, die die Partei unter ihre Vormundschaft stellen wollen, mit den „ewigen“ Parteisecretären und Parteikassirern **gründlich** aufgeräumt und eine wirksame, durchgreifende, demokratische Controle geschaffen werden. Geschieht dies nicht, so läuft die Partei Gefahr, kapitalistisch verseucht zu werden.

